

Lagebericht 2024

Taunus-Sparkasse



Taunus
Sparkasse

Lagebericht 2024 der Taunus Sparkasse

Inhaltsverzeichnis

A. Rahmenbedingungen.....	2
1. Geschäftsschwerpunkte	2
2. Ziele und Kernherausforderungen	3
3. Nachhaltige Verantwortung	4
B. Wirtschaftsbericht.....	5
1. Geschäftsverlauf.....	5
1.1 Aktiva	5
1.2 Passiva	6
1.3 Verbundgeschäft.....	7
2. Vermögenslage.....	8
3. Finanzlage	8
4. Ertragslage	8
4.1 Handelsrechtliches Ergebnis	8
4.2 Betriebswirtschaftliches Ergebnis und bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren	11
5. Zusammenfassende Darstellung	13
C. Personalbericht	14
1. Beschäftigungspolitik.....	14
2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	14
D. Nachtragsbericht	16
E. Risikobericht	17
1. Risikomanagementsystem und Risikotragfähigkeit	17
2. Adressenrisiko	22
2.1. Adressenrisiko im Kundengeschäft	23
2.2. Adressenrisiko im Eigengeschäft	26
3. Marktpreisrisiko.....	27
3.1. Zinsänderungsrisiko	28
3.2. Spreadrisiko	29
3.3. Immobilienrisiko	29
4. Liquiditätsrisiko.....	30
5. Operationelles Risiko	31
6. Beteiligungsrisiko	32
7. Gesamtbeurteilung der Risikolage.....	33
F. Prognosebericht 2024	34
G. Gesamtaussage	36

A. Rahmenbedingungen

1. Geschäftsschwerpunkte

Die Taunus Sparkasse mit Sitz in Frankfurt/Höchst, Bad Homburg v. d. H. und Hofheim am Taunus ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT), Frankfurt am Main und Erfurt. Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband Taunus, bestehend aus dem Hochtaunuskreis und dem Main-Taunus-Kreis.

Der SGVHT besteht aus 48 Sparkassen, der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), der Landesbausparkasse (LBS) und der SV SparkassenVersicherung Holding AG (SV). Die Ratingagentur Fitch hat der regionalen Sparkassen-Finanzgruppe das Bonitätsrating von A+ und einen stabilen Ausblick im Jahr 2024 bestätigt. Die Sparkasse ist dem Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation und dem regionalen Reservefonds des SGVHT angeschlossen.

Im Verbundkonzept des SGVHT stehen ein einheitliches Leitbild und strategische Verbundziele im Vordergrund. Zudem besteht ein gemeinsames Risikomanagement mit einer Risikostrategie und einem Frühwarnsystem. Rechtsgrundlagen der Sparkasse sind das Gesetz über das Kreditwesen (KWG), das Hessische Sparkassengesetz (HSpG) und die Satzung der Sparkasse in der Fassung vom 24. Oktober 2016, die im Wesentlichen der vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung erlassenen Mustersatzung entspricht.

Das originäre Geschäftsgebiet der Sparkasse besteht aus dem Hochtaunuskreis, dem Main-Taunus-Kreis und den Gemeinden des ehemaligen Kreises Höchst. Gemäß dem Regionalprinzip ist das Kreditgeschäft im Regelfall auf Vorhaben und Kunden in diesem Geschäftsgebiet begrenzt. Mit Blick auf den engen Zusammenhang der verschiedenen Städte und Gemeinden der Metropolregion Frankfurt Rhein-Main begleitet die Sparkasse Bestandskunden auch in angrenzenden Gebieten.

Die Taunus Sparkasse betreibt 37 mitarbeiterbesetzte Filialen, 13 Selbstbedienungsfilialen (mit Geldautomaten und Selbstbedienungsterminals) und neun Selbstbedienungsstellen (mit Geldautomaten) sowie zwei mediale Beratungseinheiten und ein Kunden-Center. Dabei werden 17 mitarbeiterbesetzte Filialen sowie drei Selbstbedienungsfilialen und fünf Selbstbedienungsstellen im Rahmen der Initiative FinanzPunkte gemeinsam mit der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG betrieben. Seit 2019 nutzen damit erstmals in Deutschland eine Sparkasse und eine Volksbank großflächig gemeinsame Räumlichkeiten, um Kosten zu senken und trotzdem für ihre Kunden erreichbar zu bleiben. Filialen und auch FinanzPunkte unterstützen die Attraktivität von Gemeinden und bieten einen Vorteil, um auch andere Gewerbe und den lokalen Handel langfristig vor Ort zu sichern und damit die Wohnattraktivität zu erhöhen.

Der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis belegen die Plätze fünf und sechs der Landkreise mit der höchsten Kaufkraft in Deutschland. Die Prosperität des Geschäftsgebietes sehen wir als Chance, aber auch als Herausforderung, die wir annehmen. Dabei sind wir ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen unseres Trägers. Wir haben die Aufgabe, in unserem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen und insbesondere Gelegenheiten zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Wir fördern die kommunalen Belange im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich in unserem Geschäftsgebiet. Unsere Geschäfte führen wir unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen Grundsätzen.

Die inhaltlichen Geschäftsschwerpunkte und Hauptergebnistreiber der Taunus Sparkasse sind unverändert:

1. im Zahlungsverkehr insbesondere das Girokonto. Über vielfältige moderne Zugangswege ist es der Anker jeder Kundenbeziehung. So will die Taunus Sparkasse mit Servicekompetenz, Erreichbarkeit und proaktivem Kümmern der Kernfunktion einer Sparkasse

gerecht werden. Daneben ist infolge der Zinsentwicklungen auch die Entwicklung des Einlagenbestands verstärkt in den Fokus zu nehmen.

2. im Kreditgeschäft die Kerngeschäftszweige von Gründungs-, Betriebsmittel- und Investitionsfinanzierungen. So will die Sparkasse das Wachstum der Region, aber auch die durch die Dekarbonisierung des Industrie-Standortes Deutschland erforderliche Transformation der regionalen Industrie mitgestalten. Dabei hat die Sparkasse besonderes Knowhow und jahrzehntelange Erfahrung bei der Finanzierung von Immobilien – bis hin zur Begleitung von Projektentwicklern und Investoren.
3. das Wertpapierdienstleistungsgeschäft mit der aktiven Beratung aller Kundensegmente bei ihrer Vermögensbildung und -anlage mit einer besonderen Expertise im Private Banking. So begleitet die Sparkasse die steigende Wertpapierakzeptanz in der Bevölkerung und trägt der wirtschaftlichen Stärke der Region Rechnung.

2. Ziele und Kernherausforderungen

Als Geschäftsstrategie übernimmt die Taunus Sparkasse die SGVHT-Verbundstrategie, die um konkrete strategische Maßnahmen und Kennzahlen ergänzt wird. Diese setzen den Rahmen für die Risiko- und IKT-Strategie der Sparkasse.

Gemäß der Analyse der Deutschen Bundesbank in ihrem Finanzstabilitätsbericht für das Jahr 2024 hat das deutsche Finanzsystem die Phase des starken Zinsanstiegs insgesamt gut verkraftet. Das makroökonomische Umfeld hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres zwar schrittweise aufgehellt, allerdings ist dieses insbesondere im Hinblick auf die konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie die weiterhin bestehenden geopolitischen Spannungen herausfordernd. Aufgrund der sich stabilisierenden Inflationsquote begann die Europäische Zentralbank die Leitzinsen ab Juni 2024 schrittweise zu senken. Der Rückgang der kurz- und längerfristigen Zinsen führte folglich so zu einer sukzessiven Verbesserung der Finanzierungsbedingungen an den Märkten. Aufgrund der Zinsentwicklung zeigte sich eine Stabilisierung der Wohnimmobilienpreise und auch die Preise für Gewerbeimmobilien sind nicht weiter zurückgegangen. Das Risiko weiterer Preisrückgänge bei Gewerbeimmobilien ist jedoch aufgrund niedriger Transaktionsvolumina erhöht. Dies zeigt auch der insgesamt hohe Bestand notleidender Kredite, die durch Gewerbeimmobilien besichert sind. Das Kreditwachstum im inländischen nichtfinanziellen Privatsektor stabilisierte sich im Verlauf des Berichtsjahres auf einem niedrigen Niveau. (Quelle: Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht 2024)

Der Internationale Währungsfonds beziffert das Wachstum der Weltwirtschaft 2024 mit insgesamt 3,2 % auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Vor allem die Schwellenländer konnten weiter überproportional wachsen. Das preisbereinigte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Deutschlands war laut der Pressemitteilung des statistischen Bundesamtes vom 15. Januar 2025 mit Veränderung von -0,2 % erneut negativ. Das deutsche BIP bewegt sich damit auf einem ähnlichen Niveau wie im Jahr 2019 und ist preisbereinigt um 0,3 % über fünf Jahre gewachsen. Im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland wirtschaftlich schlechter aus der Corona-Pandemie gekommen. Ursächlich für die Stagnation sind konjunkturelle und strukturelle Belastungen, die einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege stehen. Dies zeigen auch die weiterhin rückläufigen Marktanteile am internationalen Handel. Im Jahr 2024 ist der Export real um 0,8 % erneut gesunken. Gleichzeitig erhöhten sich die Importe real um 0,2 %.

Die Bauinvestitionen in Deutschland gingen im Jahr 2024 um 3,5 % erneut zurück. Ein Grund dafür war das über weite Strecken des Jahres hohe Zins- und Preisniveau sowie die immer noch bestehenden wirtschaftspolitischen Unsicherheiten, welche sich insbesondere negativ auf den Wohnungsbau auswirkten. In diesem Bereich gehen die Investitionen bereits seit vier Jahren zurück. Im Baugewerbe nahm die Bruttowertschöpfung 2024 gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % ab.

Ein leichtes Wachstum gab es dagegen bei den privaten Konsumausgaben, welche 2024 preisbereinigt um 0,3 % anstiegen. Auch hier zeigten sich erste positive Entwicklungen aus der abschwächenden Inflation. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 15. Januar 2025 – 019/25 und Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, Gesamtwirtschaftlicher Jahresrückblick und -ausblick, 2025)

3. Nachhaltige Verantwortung

Bei der Umsetzung von sozialen, ethischen und ökologischen Aspekten ist die Taunus Sparkasse im Kundengeschäft sowohl auf der Anlage- als auch auf der Finanzierungsseite gefordert: Unsere Kunden zeigen klares Interesse an nachhaltigen Finanzprodukten und nachhaltigem Wirtschaften. Zugleich fordern unsere Unternehmenskunden Unterstützung auf dem Weg der Veränderung hin zu nachhaltigerem Wirtschaften an. Auch für uns selbst gilt es, die Standards der nachhaltigen Unternehmensführung – die sogenannten ESG-Kriterien – zu erfüllen. Denn unter dem Begriff der Nachhaltigkeit fordert nicht nur die Aufsicht, sondern Teile der Gesellschaft eine Fokussierung auf nachhaltige Anlagen und Kredite. Ziel ist es, die Veränderungen des Konsumverhaltens und den notwendigen Strukturwandel der Industrie deutlich zu beschleunigen.

Die Aufsicht hat Leitplanken für Banken und Sparkassen geschaffen, um die Rolle der Sparkasse beim Erreichen der übergeordneten Klimaziele zu stärken. So sollen ESG-Faktoren in der externen Bonitätsbeurteilung und bei der Bewertung von Sicherheiten berücksichtigt werden, die spezifisch in Stresstests einfließen. Aufgrund der Struktur unserer Kreditportfolios kommt dabei dem Bau- und Wohnbereich eine herausragende Bedeutung zu.

Um entsprechende Maßnahmen zu incentivieren, will die Taunus Sparkasse unter dem Motto „Umweltfreundliche Preisgestaltung“ ein ESG-angepasstes Preisgefüge etablieren. Indem die Zusammenhänge zwischen Zustand, Energiebedarf und Beleihungswert klar dargestellt werden, wird Transparenz geschaffen und ein nachhaltiges Immobiliengeschäft gefördert. Dieser Ansatz soll auch den Einfluss möglicher Maßnahmen auf die Immobilienbewertung und die Preisfindung aufzeigen. Weitere Ansatzpunkte sieht die Sparkasse auch bei einer entsprechenden Preisgestaltung der Prolongation von Immobilienkrediten und auch bei der Bereitstellung zusätzlicher Modernisierungskredite.

Im Geschäft mit Unternehmenskunden will die Sparkasse gezielt Investitionen in klimafreundliche Transformationen unterstützen. Es wird eine Veränderung des Kundenverhaltens konstatiert. Firmenkunden sehen in der notwendigen Transformation aktuell immer weniger ein „Ich tue damit der Umwelt etwas Gutes“, sondern betrachten Energiekosten als echten Kostenfaktor, der für viele Betriebe, gerade im produzierenden Gewerbe, mittlerweile erfolgskritisch ist.

Die Taunus Sparkasse ist ihrer Verantwortung für eine lebenswerte Region bewusst. Aus diesem Grund verstärkt sie ihr Engagement für Umweltprojekte und fördert weiterhin mit signifikanten Beträgen die Region. Im Geschäftsjahr 2024 wurden wie im Vorjahr Vereine und gemeinnützige Institutionen in der Region mit insgesamt rund 2,3 Mio € Spenden sowie Sponsoring gefördert (Vorjahr: 2,3 Mio €). Ergänzt um Ausschüttungen unserer Gemeinnützigen Stiftung sind der Region im Jahresverlauf insgesamt 2,6 Mio € zugutegekommen (Vorjahr: 2,6 Mio €). Dabei wurde die nachhaltige Förderung von Sport mit 0,4 Mio €, Kultur mit 1,4 Mio €, Soziales und Bildung mit 0,6 Mio €, Umwelt mit 0,1 Mio € und sonstige Zwecke mit 0,1 Mio € unterstützt.

Diesem Lagebericht ist ein statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Taunus Sparkasse im Geschäftsjahr 2024 gemäß § 15 Abs. 2 Satz 2 Hessisches Sparkassengesetz (HSpG) i. V. m. § 2 HSpG beigelegt.

B. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf

1.1 Aktiva

	Erläuterungen	2024 Mio €	2023 Mio €	Veränderungen Mio €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	Aktiva 3	858,3	179,1	679,2	>100,0
Forderungen an Kunden	Aktiva 4	5.504,9	5.651,3	-146,5	-2,6
Wertpapiere	Aktiva 5,6 und 6a	1.046,8	1.162,2	-115,4	-9,9
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	Aktiva 7 und 8	64,7	64,3	0,4	0,7
Übrige Aktiva	Aktiva 1,2,9-15	208,2	290,0	-81,8	-28,2
Bilanzsumme		7.682,9	7.346,9	336,0	4,6
Geschäftsvolumen	Bilanzsumme, Eventualverbindlichkeiten, unwiderrufliche Kreditzusagen	8.204,0	8.024,6	179,4	2,2

Die Entwicklung der Bilanzsumme war maßgeblich durch das Wachstum der Kundeneinlagen sowie das im Dezember 2024 aufgesetzte sogenannte „Interne TLTRO-Programm“ (Targeted Longer-Term Refinancing Operations, kurz: TLTRO) geprägt. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden zur Stärkung der Liquidität und zur Nutzung von Zinsstruktureffekten Termingelder mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr und einem Volumen von insgesamt 470,0 Mio € bei Landesbanken sowie der DekaBank Deutsche Girozentrale aufgenommen (Passiva 1) und monatlich revolving in Termingeldern bei Kreditinstituten angelegt (Aktiva 3). Durch die inverse Zinsstruktur im Geldmarkt (ein bis zwölf Monate) lassen sich so insbesondere im Folgejahr zusätzliche Zinserträge erzielen. Darüber hinaus führte die Wiederanlage der aufgenommenen Liquidität im Rahmen der Einlagenfazilität der Deutschen Bundesbank in Höhe von 148,0 Mio € zu einem Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute (Aktiva 3). Die danach noch bestehende Liquiditätsreserve wurde wie in den Vorjahren wieder im täglich fälligen Guthaben bei der Deutschen Bundesbank gehalten („Übrige“ in Aktiva 1).

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4) reduzierten sich insbesondere aufgrund eines insgesamt weiterhin zurückhaltenden Kreditneugeschäfts. Das herausfordernde Marktumfeld im Bauwesen wirkte negativ auf das Immobilienkreditgeschäft und führte zu Rückgängen im gewerblichen und privaten Sektor.

Segmentierung		2024 Mio €	2023 Mio €	Veränderungen Mio €	in %
Kommunen, Investoren, Projektentwickler		2.955,9	3.136,9	-181,0	-5,7
Firmen- und Gewerbekunden		822,8	865,5	-42,7	-4,9
Private Kunden		764,9	837,9	-73,0	-8,7
Private Banking		659,5	672,9	-13,4	-2,0
Sonstige Kundenbereiche		301,8	138,1	163,7	>100,0
Forderungen an Kunden	Aktiva 4	5.504,9	5.651,3	-146,5	-2,6

Der Rückgang des Depot A ist im Wesentlichen auf Fälligkeiten bei Wertpapieren (Aktiva 5) von rund 277 Mio € zurückzuführen, welche nicht vollständig durch Neuanlagen kompensiert wurden.

Die von der Taunus Sparkasse abgeschlossenen und außerbilanziell geführten Swaps dienten ausschließlich der semi-passiven, an einer Benchmark orientierten Zinsbuchsteuerung sowie gezielt gebildeten Micro-Hedges zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Das Swap-Buch wurde 2024 um 199,0 Mio € auf nominal 2.600,0 Mio € ausgebaut. Für detaillierte Beschreibungen wird auf den Anhang zum Jahresabschluss Teil D. Sonstige Angaben verwiesen.

1.2 Passiva

	Erläuterungen	2024 Mio €	2023 Mio €	Veränderungen Mio €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Passiva 1	1.185,6	1.111,3	74,4	6,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Passiva 2	5.674,9	5.454,7	220,2	4,0
Eigene Mittel & Fonds für allgemeine Bankrisiken	Passiva 11 und 12	702,2	660,6	41,6	6,3
Übrige Passiva	Passiva 3, 3a, 4-10	120,2	120,3	-0,1	-0,1
Bilanzsumme		7.682,9	7.346,9	336,0	4,6

Durch die Aufnahme von Termingeldern bei Kreditinstituten im Rahmen des zuvor dargestellten „Internen TLTRO-Programms“ erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passiva 1). Gegenläufig wirkten u. a. die Rückführung von rund 83 Mio € aus der letzten Tranche des TLTRO III-Programms der Deutschen Bundesbank sowie der um 35,2 Mio € auf 10,0 Mio € gesunkene Bestand von Sparkassenbriefen an andere Kreditinstitute.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Passiva 2) sind infolge des stabilisierten Zinsniveaus und der damit verbundenen Nettozuflüsse angestiegen. Innerhalb der Kundenverbindlichkeiten erfolgten, wie im Vorjahr, Umschichtungen von unverzinslichen Zahlungsverkehrskonten zu höher verzinslichen Termineinlagen. Der Anteil täglich fälliger Sichteinlagen an den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ist dadurch auf rund 72 % gesunken (Vorjahr rund 80 %). Die stabile Refinanzierung durch Pfandbriefe war nahezu konstant.

	Erläuterungen	2024 Mio €	2023 Mio €	Veränderungen Mio €	in %
Begebene Hypothekendarlehen	Passiva 2a	246,1	246,4	-0,3	-0,1
Spareinlagen	Passiva 2c	189,0	228,4	-39,4	-17,3
Sichteinlagen	Passiva 2d	4.127,1	4.357,2	-230,1	-5,3
Termineinlagen, Sparkassenbriefe	Passiva 2d	1.112,7	622,7	489,9	78,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Passiva 2	5.674,9	5.454,7	220,2	4,0

In der Darstellung nach Segmenten ist ersichtlich, dass das Einlagenwachstum insbesondere bei Privatkunden und vermögenden Kunden des Private Bankings erfolgte und den Rückgang innerhalb der weiteren Segmente überstieg.

Segmentierung		2024	2023	Veränderungen	
		Mio €	Mio €	Mio €	in %
Kommunen, Investoren, Projektentwickler		572,9	676,2	-103,3	-15,3
Firmen- und Gewerbetunden		950,5	979,8	-29,3	-3,0
Private Kunden		3.235,2	3.004,9	230,3	7,7
Private Banking		612,9	506,6	106,3	21,0
Sonstige Kundenbereiche		303,4	287,2	16,2	5,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Passiva 2	5.674,9	5.454,7	220,2	4,0

Durch die Thesaurierung des sehr positiven Vorjahresergebnisses stieg das aufsichtsrechtlich anrechenbare Kernkapital aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB (Passiva 11) sowie dem Eigenkapital (Passiva 12) deutlich an.

1.3 Verbundgeschäft

Die Verbundprodukte der Sparkassenorganisation ergänzen die eigenen Angebote bei der Erfüllung der Kundenbedürfnisse.

	2024	2023	Veränderungen	
	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Ersparnisbildung Wertpapiere	14,9	433,1	-418,2	-96,6
Lebensversicherungen	24,9	26,9	-2,0	-7,4
Kompositversicherungen	0,6	0,4	0,2	50,0
Bausparen	39,0	39,4	-0,4	-1,0
Ratenkredite	26,4	23,8	2,6	10,9
Leasing und Forfaitierung	12,1	12,4	-0,3	-2,4

Die gesamte Ersparnisbildung im Jahr 2024 beträgt 234,8 Mio € (Vorjahr: -24,8 Mio €) und ist signifikant um 259,6 Mio € angestiegen. Der deutliche Rückgang im Teilbereich Wertpapiere wird durch den Anstieg alternativer Einlagenprodukte (Passiva 1) ausgeglichen. Während das Lebensversicherungsgeschäft leicht rückläufig war, konnten die Geschäfte bei Kompositversicherungen im Berichtsjahr ausgeweitet werden. Im Zuge einer weiterhin zurückhaltenden Kreditnachfrage im Wohnimmobilienbereich sind entsprechende Vermittlungsgeschäfte beim Bausparen weiterhin leicht rückläufig. Aufgrund der Zinsentwicklung zeigte sich ein Anstieg der Ratenkredite, während die Sparte Leasing nahezu konstant blieb.

2. Vermögenslage

Die Kernkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 15,6 % (Vorjahr: 13,6 %). Wie geplant haben der Bilanzgewinn und die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB aus dem Jahresergebnis 2023 das Kernkapital weiter erhöht.

Auch im Geschäftsjahr 2024 wird das Eigenkapital weiter gestärkt. Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2024 soll der Bilanzgewinn von insgesamt 8,0 Mio € die Sicherheitsrücklage um 6,0 Mio € erhöhen und i. H. v. 2,0 Mio € an den Sparkassenzweckverband Taunus als Träger der Taunus Sparkasse ausgeschüttet werden. Weiterhin soll eine Stärkung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 35,6 Mio € (Vorjahr: 42,9 Mio €) erfolgen. Das Kernkapital würde somit ausgehend vom 31. Dezember 2024 um 41,6 Mio € auf 698,0 Mio € ansteigen.

Die Gesamtkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 17,3 % (Vorjahr: 15,5 %). Das Kernkapital und das Ergänzungskapital bilden die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel. Das Ergänzungskapital setzte sich zum Stichtag aus Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB sowie nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

Die Taunus Sparkasse ermittelt die Eigenmittelanforderungen für die Adressrisiken nach dem Kreditrisiko-Standardansatz sowie nach dem Basisindikatoransatz für die Operationellen Risiken.

Die im Rahmen der neuen Capital Requirements Regulation (CRR) III erwarteten Auswirkungen auf die Kapitalquoten werden qualitativ in Abschnitt F. Prognosebericht 2025 dargestellt.

3. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Taunus Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben und alle aufsichtsrechtlichen Vorgaben wurden eingehalten. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio) als bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator zur Finanzlage betrug am 31. Dezember 2024 245,7 % (Vorjahr: 143,5 %). Der deutliche Anstieg der Liquiditätsdeckungsquote ist insbesondere auf das unter Punkt 1.2 beschriebene „Interne TLTRO-Programm“ zurückzuführen. Während des Jahres 2024 bewegte sich die Kennzahl zwischen 131,2 % und 245,7 %.

4. Ertragslage

4.1 Handelsrechtliches Ergebnis

Bei der Darstellung der Ertragslage wird zwischen der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung und dem betriebswirtschaftlichen Ergebnis unterschieden. Das betriebswirtschaftliche Ergebnis dient der internen Steuerung und ermöglicht eine Trennung in betriebliche und betriebsfremde sowie periodengleiche und periodenfremde Aufwendungen und Erträge. Hierdurch wird eine genauere Erfolgsaufspaltung erreicht.

Das betriebswirtschaftliche Ergebnis liegt auch strategischen Kennzahlen der Taunus Sparkasse sowie Vergleichsrechnungen innerhalb des SGVHT zugrunde. Die Überleitung vom handelsrechtlichen zum betriebswirtschaftlichen Ergebnis und die strategischen Kennzahlen sind in Kapitel 4.2 dargestellt.

		2024	2023	Veränderungen	
	Erläuterungen	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Zinsüberschuss/ laufende Erträge	GuV 1-4	150,0	151,4	-1,4	-0,9
Provisionsüberschuss	GuV 5-6	40,8	38,9	1,9	4,9
Sonstige betriebliche Erträge/Nettoertrag des Handelsbestands	GuV 7-8	6,3	7,9	-1,5	-19,7
Verwaltungsaufwendungen darunter Personalaufwand	GuV 10-12 GuV 10a	121,2 68,9	111,1 62,5	10,1 6,5	9,1 10,3
Ab-/Zuschreibungen und Wertberichtigungen	GuV 13-17	-18,3	-15,2	-3,1	20,1
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	GuV 18	35,6	42,9	-7,3	-17,0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	GuV 19	22,0	28,9	-6,9	-23,9
Außerordentliches Ergebnis	GuV 22	0,0	0,0	0,0	0,0
Steuern	GuV 23-24	14,0	20,9	-6,9	-33,1
Bilanzgewinn	GuV 29	8,0	8,0	0,0	0,0

Der handelsrechtliche Zinsüberschuss ist im Wesentlichen durch einen Rückgang der Zinserträge bei gleichzeitigem Anstieg der Zinsaufwendungen geprägt und wird maßgeblich durch die Entwicklungen im Kundenkredit- und Einlagengeschäft bestimmt. Infolge von höheren Zinsen im Neugeschäft sowie bei Prolongationen stiegen die Zinserträge aus Forderungen an Kunden um 9,7 Mio € auf 148,8 Mio € an. Gleichzeitig führten die Nettozuflüsse und Umschichtungen zu höherverzinslichen Kundeneinlagen zu einem deutlichen Anstieg der Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 33,1 Mio € auf 58,2 Mio €. Trotz der durch den Anstieg der Kundeneinlagen rückläufigen institutionellen Refinanzierung ist der Zinsaufwand hierfür durch die erhöhten Refinanzierungszinsen angestiegen. Während der Wegfall von Zinszahlungen von rund 19 Mio € für Verbindlichkeiten aus Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank (TLTRO III-Programm) das Zinsergebnis positiv beeinflusste, waren die Zinserträge aus der Wiederanlage von Liquidität bei anderen Kreditinstituten mit 9,3 Mio € um 13,1 Mio € geringer als im Vorjahr. Zusätzlich führte der gesunkene Depot A-Bestand zu einem Rückgang der Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren um 2,0 Mio € auf 17,7 Mio €.

Im Provisionsüberschuss führten die positiven Marktentwicklungen zu einem Zuwachs der Provisionen aus dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft um 1,2 Mio €. Zudem konnten die Entgelte im Giroverkehr durch das Bestandswachstum bei Girokonten um 1,1 Mio € erhöht werden (GuV 5-6).

Die sonstigen betrieblichen Erträge (GuV 8) sind im Wesentlichen aufgrund geringerer Auflösungen von Rückstellungen rückläufig.

Die Entwicklung des allgemeinen Verwaltungsaufwands (GuV 10-12) ist insbesondere auf den Anstieg im Personalaufwand zurückzuführen. Tarifliche Steigerungen und zusätzliche Personaleinstellungen sowie höhere Zuführungen zu Personalarückstellungen führten zu einem um 6,5 Mio € gestiegenen Personalaufwand (GuV 10. a). Darüber hinaus führten insbesondere Kostensteigerungen bei Dienstleistungen Dritter zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand (GuV 10. b).

Das negative Gesamtergebnis aus Ab- und Zuschreibungen sowie Wertberichtigungen (GuV 13-17) ist um 3,1 Mio € auf -18,3 Mio € angestiegen. In Bezug auf Forderungen an Kunden und Wertpapiere der Liquiditätsreserve (GuV 13-14) ist das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr insgesamt leicht um 0,3 Mio € auf -17,8 Mio € gesunken. Einer neu zu bildenden Kre-

ditrisikovorsorge i. H. v. 33,8 Mio € (Vorjahr: 51,2 Mio €) und Abschreibungen auf Wertpapiere von 4,0 Mio € (Vorjahr: 2,9 Mio €) standen Zuschreibungen und Kursgewinne von insgesamt 1,6 Mio € (Vorjahr: 4,7 Mio €) sowie Auflösungen bestehender Risikovorsorge von 16,1 Mio € (Vorjahr: 2,8 Mio €) und von § 340f HGB-Reserven i. H. v. 2,3 Mio € (Vorjahr: 28,4 Mio €) gegenüber. Aus Wertpapieren des Anlagevermögens sowie Beteiligungen (GuV 15-16) resultierte ein negatives Ergebnis von 0,5 Mio €, nachdem im Vorjahr ein positives Ergebnis von 2,9 Mio € zu verzeichnen war.

Der Rückgang der Steueraufwendungen (GuV 23-24) ist im Wesentlichen auf die Zuführung zu aktiven latenten Steuern von 9,9 Mio € zurückzuführen. Diese bestehen aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen und resultieren insbesondere aus Unterschieden bei den Ansätzen der Aufwendungen für die Zuführung zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die tatsächlichen Steuerzahlungen sind aufgrund des gestiegenen Geschäftsergebnisses um rund 3 Mio € angestiegen.

Der handelsrechtliche Bilanzgewinn beläuft sich wie im Vorjahr auf 8,0 Mio €. Von diesem soll nach Feststellung des Jahresabschlusses 6,0 Mio € der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.

4.2 Betriebswirtschaftliches Ergebnis und bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Die Ertragslage der Taunus Sparkasse wird im betriebswirtschaftlichen Ergebnis nach den Regeln des Betriebsvergleichs des SGVHT dargestellt. Nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die wesentlichen Unterschiede zur Gewinn- und Verlustrechnung nach den handelsrechtlichen Bestimmungen für 2024 dar:

Gewinn- und Verlustrechnung	2024	Überleitung	2024	Betriebswirtschaftliches Ergebnis
Zinsüberschuss und laufende Erträge	150,0	-6,1	143,9	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss und sonstige betriebliche Erträge	47,1	-2,4	44,7	Ordentlicher Ertrag
Verwaltungsaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen, sonstige betriebliche Aufwendungen	-121,2	5,4	-115,8	Ordentlicher Aufwand
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0,0	0,0	0,0	Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
	75,9	-3,1	72,8	Betriebsergebnis vor Bewertung
Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Erträge aus Zuschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere	-18,3	2,3	-16,0	Bewertungsergebnis
	57,6	-0,8	56,8	Betriebsergebnis nach Bewertung
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-35,6			
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	22,0			
Außerordentliches Ergebnis	0,0	-1,6	-1,6	Neutrales Ergebnis
	0,0	0,0	55,2	Ergebnis vor Steuern
Steuern	-14,0	0,1	-13,9	Steuern
			-35,6	Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken
			2,3	Auflösung von § 340f HGB-Reserven
Jahresüberschuss	8,0	0,0	8,0	Jahresergebnis

Die in der Überleitung aufgezeigten wesentlichen Unterschiede zwischen der Gewinn- und Verlustrechnung und der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise resultieren aus dem unterschiedlichen Ausweis periodenfremder oder nicht mit dem operativen Geschäft zusammenhängender Erträge und Aufwendungen. Handelsrechtlich werden diese den jeweiligen GuV-Positionen zugeordnet, während in der betriebswirtschaftlichen Darstellung der Ausweis im Neutralen Ergebnis erfolgt.

Im Zinsüberschuss wurde erstmalig eine Aufteilung der Ertragsausschüttung des HI-Main-Spezialfonds vorgenommen. Handelsrechtlich wird die Ausschüttung von 19,5 Mio € vollständig dem Zinsertrag zugerechnet. In der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise sind 13,8 Mio € als laufende Erträge, die im abgelaufenen Jahr angefallen und vereinnahmt worden sind, im Zinsertrag zu berücksichtigen. Zur Ausschüttung gekommene Kursgewinne von 4,6 Mio € sowie 1,1 Mio € ausgeschüttete Fondserträge aus Vorjahren sind dem Bewertungs-

ergebnis bzw. dem neutralen Ergebnis zuzuordnen. Darüber hinaus ist die gezielte volumemäßige Reduzierung des Swap-Buchs (saldiert 0,3 Mio €) ebenfalls im neutralen Ergebnis auszuweisen.

Unter dem Provisionsüberschuss und anderen betrieblichen Erträgen werden insbesondere 1,4 Mio € Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen sowie Erstattungen aus Vorjahren i. H. v. 0,9 Mio € ausgewiesen, die betriebswirtschaftlich im neutralen Ertrag anfallen. Unter Verwaltungsaufwendungen, die betriebswirtschaftlich neutral auszuweisen sind, entfielen 1,9 Mio € außerordentliche Zuführung zum Sparkassenstützungsfonds sowie 1,4 Mio € Spenden.

Die Erträge - Zinsüberschuss zuzüglich ordentlichen Ertrags - entsprachen mit 188,6 Mio € nahezu den für das Geschäftsjahr erwarteten Werten. Aufgrund der Umgliederung von 5,7 Mio € Spezialfondserträge aus dem Zinsertrag lag der Zinsüberschuss mit 2,4 Mio € unter dem Planwert. Durch ein im Vergleich zur Planung um 2,6 Mio € erhöhtes Provisionsergebnis konnte der Rückgang im Zinsergebnis ausgeglichen werden.

Das betriebswirtschaftliche Bewertungsergebnis von 16,0 Mio € setzt sich zusammen aus Kredit- und Wertpapiergeschäft sowie sonstigen Bewertungsergebnissen. Im Kreditgeschäft ist die Netto-Zuführung zur Risikovorsorge durch das sich stabilisierende Marktumfeld um 4,0 Mio € auf 17,7 Mio € zurückgegangen und lag damit unter dem im Risikomanagement erwarteten Ergebnis von 24,0 Mio €. Aufgrund der positiven Entwicklung erfolgte im Kreditgeschäft keine erneute Auflösung von § 340f HGB-Reserven (Vorjahr: 26,6 Mio €).

Das Bewertungsergebnis für das Wertpapiergeschäft ist aufgrund der zuvor beschriebenen betriebswirtschaftlichen Zuordnung der Spezialfondserträge (4,6 Mio €) mit 1,7 Mio € fast identisch zum Vorjahr. Der Abschreibungsbedarf auf Wertpapiere ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Zum Ausgleich für erwartete Kursrückgänge bei Wertpapieren, die über Nennwert (sogenannte „Über-Pari-Wertpapiere“) erworben wurden, wurden die hierfür bei Erwerb gebildeten § 340f HGB-Reserven i. H. v. 2,3 Mio € aufgelöst.

Die Umgliederung der Spezialfondserträge führte insgesamt zu einem um 2,9 Mio € unter Plan liegenden Betriebsergebnis vor Bewertung von 72,8 Mio €. Gleichzeitig lag durch diese Effekte auch das Betriebsergebnis vor Bewertung im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme mit 0,98 % unter dem Planwert von 1,05 %. Unter Berücksichtigung der Bewertungseffekte sowie des neutralen Ergebnisses wurde ein erwirtschaftetes Ergebnis vor Steuern von 55,2 Mio € erzielt und folglich der Planwert von 53,4 Mio € übertroffen.

Auf Grundlage des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses werden die strategischen Kennzahlen bzw. die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren berechnet. Diese stellen sich für 2024 im Vergleich zu 2023 wie folgt dar:

Strategische Kennzahlen bzw. Leistungsindikatoren in %	Definition	2024	Plan 2024	2023
Relation Zinsüberschuss zu ordentlichem Aufwand		1,24	1,30	1,42
Cost-Income Ratio in %	Verwaltungsaufwand im Verhältnis zur Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und dem sonstigen ordentlichen Ergebnis	60,8	59,3	54,8
Betriebsergebnis vor Bewertung in % der durchschnittl. Bilanzsumme		0,98	1,05	1,07
Risikoaufwandsquote	Bewertungsergebnis im Verhältnis zum Betriebsergebnis vor Bewertung	21,9	31,4	50,9
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern	Ergebnis vor Steuern ohne Veränderung von Vorsorgereserven im Verhältnis zum durchschnittlichen wirtschaftlichen Eigenkapital	7,7	7,4	6,3
Gewinnthesaurierung in Mio €	Zuführung zur Sicherheitsrücklage zzgl. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB (inkl. Auflösung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB)	41,6	35,8	48,9
Kernkapitalquote	Kernkapital im Verhältnis zu RWA	15,6	14,4	13,6

Infolge der zuvor beschriebenen Umgliederung der Spezialfondserträge lagen, mit Ausnahme der Eigenkapitalrentabilität vor Steuern, alle ergebnisorientierten Kennzahlen 2024 unter den Plan- und Vorjahreswerten, während sich die Risikoaufwandsquote durch das verbesserte Bewertungsergebnis positiv entwickelte.

5. Zusammenfassende Darstellung

Die stichtagsbezogene Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2024 im Wesentlichen durch die Aufnahme und Wiederanlage von Termingeldern bei Kreditinstituten („Internes TLTRO-Programm“), Fälligkeiten bei Wertpapieren sowie einen Zufluss der Kundenpassiva um insgesamt 336,0 Mio € erhöht.

Im Kundengeschäft zeigte sich ein infolge des weiterhin zurückhaltenden Kreditneugeschäfts rückläufiger Bestand an privaten Wohnungsbaukrediten und Unternehmenskrediten. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf die immer noch herausfordernde gesamtwirtschaftliche Lage zurückzuführen.

Durch das stabilisierte Zinsniveau war bei den Kundenverbindlichkeiten erneut ein Zuwachs in höher verzinslichen Produkten und somit auch ein Anstieg der Kundeneinlagen zu beobachten.

Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2024 soll der Bilanzgewinn von insgesamt 8,0 Mio € die Sicherheitsrücklage um 6,0 Mio € erhöhen und i. H. v. 2,0 Mio € an den Sparkassenzweckverband Taunus als Träger der Taunus Sparkasse ausgeschüttet werden. Zusammen mit der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 35,6 Mio € (Vorjahr: 42,9 Mio €) wurden die versteuerten Reserven erneut gestärkt.

Zum Stichtag betrug die Kernkapitalquote 15,6 % (Vorjahr: 13,6 %) und die Gesamtkapitalquote 17,3 % (Vorjahr: 15,5 %). Das Kernkapital der Sparkasse wird durch die geplante Gewinnthesaurierung weiter gestärkt.

Wir sind mit dem im Geschäftsjahr 2024 erzielten Ergebnis zufrieden. Die Vermögens- und die Finanzlage sind weiterhin geordnet.

C. Personalbericht

1. Beschäftigungspolitik

Die Herausforderungen am Arbeitsmarkt wachsen zunehmend. Zum einen verschärft der soziodemografisch bedingte Fach- und Arbeitskräftemangel den Wettbewerb um Talente deutlich. Zum anderen werden die Anforderungen an die Mitarbeitenden immer breiter, sei es durch regulatorische Veränderungen oder durch prozessuale Erfordernisse. Deshalb liegt unser Fokus darauf, Talente langfristig zu binden und neue Talente zu gewinnen. Hierbei baut die Taunus Sparkasse auf eine Personalpolitik, die die Individualität der Mitarbeitenden berücksichtigt und fördert.

Das neue Weiterbildungskonzept und der gestiegene Bewerbungseingang ermöglichen der Sparkasse eine Verdoppelung der Ausbildungsplätze. Damit einher ging die Eröffnung eines zusätzlichen Nachwuchsleistungszentrums, dem Leistungszentrums für Ausbildung und Training. In diesem werden Softskills und fachliche Inhalte trainiert. Gleichzeitig wird die Ausbildung durch moderne Technologien wie iPads, Laptops und KI-gestützte Lernsoftware unterstützt und gezielte Maßnahmen zur Wohnraumunterstützung bei Auszubildenden umgesetzt.

Ein weiterer strategischer Schwerpunkt der Personalarbeit ist weiterhin die Führungskräftequalifizierung. Dazu wurde ein Management Circle geplant, der den Führungskräften im kommenden Jahr diverse Workshops und Netzwerktreffen anbietet.

Wesentlicher Baustein der Personalführung der Sparkasse bleibt der ständige Dialog, auch über verbindliche Zielvereinbarungs- und Beurteilungssysteme. Auf diesen bauen Fach- und Führungslaufbahnen auf. Dabei hat die Taunus Sparkasse interne Vorgaben gesetzt, um den prozentualen Anteil von Frauen in den verschiedenen Führungsebenen zu erhöhen, aber gleichzeitig bei der Karriereplanung von Frauen und Männern keine Ungleichgewichte zu schaffen

Darüber hinaus entwickelt die Sparkasse die Büros und Filialen weiter zu modernen Begegnungsstätten. Durch die Nutzung der Digitalisierung und der Automation von Prozessen werden Freiräume für Mitarbeitende geschaffen.

2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Taunus Sparkasse als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ist die Gleichbehandlung aller Beschäftigten unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder Nationalität eine Selbstverständlichkeit. Sie strebt an, die Anforderungen des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes zu erfüllen. Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut unterliegt die Sparkasse dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst im Bereich Sparkassen, in dem Gehalt, Arbeitszeit und weitere Arbeitsbedingungen geregelt sind. 96,9 % aller Beschäftigten der Sparkasse haben Arbeitsverträge nach diesem Tarifvertrag.

Gleiche Entlohnung für Kolleginnen und Kollegen, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, hat für die Taunus Sparkasse einen hohen Stellenwert. Um diesem Anliegen Transparenz zu verleihen, werden die strategischen Kennzahlen um das sogenannte Gender-Pay-Gap ergänzt. Diese Kennzahl misst einen geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern bei vergleichbarer Tätigkeit. Die Sparkasse betrachtet dabei Beschäftigte und außertariflich Beschäftigte getrennt voneinander:

- Der Gender-Pay-Gap beträgt für tariflich Beschäftigte 0,8 %, das heißt, Frauen verdienen minimal weniger als Männer in vergleichbaren Positionen. Diese Gruppe deckt 96,9 % der Beschäftigten ab.
- In der Gruppe der außertariflich Beschäftigten beträgt der Gender-Pay-Gap 15,6 %, das heißt, Männer verdienen mehr. Diese Gruppe umfasst die restlichen 3,1 % der Beschäftigten.

Als ein Entwicklungsfeld im Bereich der Gleichstellung sieht die Taunus Sparkasse die Förderung von Frauen in Führungspositionen (paritätische Wiederbesetzung bis zum Erreichen des langfristigen Zielwerts von 50 %). 55,1 % der Beschäftigten sind Frauen. Die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen hat für die Sparkasse hohe Priorität. Daher sind rund 60 % der neuen Führungskräfte im Jahr 2024 weiblich. Dadurch wurde der Frauenanteil in der ersten und zweiten Führungsebene von 27,3 % auf 30,3 % erhöht. Einzelheiten sind in einem detaillierten Gleichstellungsplan festgeschrieben, den die Sparkasse als öffentlich-rechtliches hessisches Unternehmen beim Regierungspräsidenten eingereicht hat. Die Beschäftigungsstruktur ist vielfältig. Seit 2020 wird auch das Dritte Geschlecht in die Betrachtung aufgenommen und die Information wird bei Neueinstellung erhoben.

Stichtag 31.12.2024	Anzahl gesamt	Män- ner	Frauen	Diverse	<30J	30-50 J	>50J
Beschäftigte gesamt – inkl. Auszubildende	782	350	432	0	187	308	287
darunter Vorstand	3	2	1	0	0	1	2
darunter Führungs- kräfte	66	46	20	0	1	38	27
darunter Personalrat	11	5	6	0	0	6	5
Verwaltungsrat	15	12	3	0	0	6	9

Die Mehrzahl der Mitarbeitenden leben im Geschäftsgebiet. Hier bildet die Taunus Sparkasse Nachwuchskräfte kontinuierlich aus und entwickelt ihre Fähigkeiten und Kenntnisse weiter. Die Ausbildungsquote beträgt 12,6 % bei 68 Auszubildenden und 20 Trainees. Im Berichtsjahr wurden rund 75 % aller Auszubildenden nach dem Abschluss in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Mitarbeitenden in der Sparkasse beträgt 15 Jahre. Die Fluktuationsrate beträgt 2024 5,6 % (Vorjahr: 8,0 %).

Die Taunus Sparkasse legt Wert auf gut ausgebildete Mitarbeitende und fördert das lebenslange Lernen. Im Jahr 2024 wurden knapp über 475 T€ in die Weiterbildung investiert. Neben 356 Seminaren wurden auch die Aufstiegsweiterbildungen von 35 Mitarbeitern sowie 130 ESG-Zertifikate finanziert. Die Mitarbeitenden nahmen im Durchschnitt 1,6 Weiterbildungstage im Jahr in Anspruch.

Die Mitarbeitenden verfügen über folgende Qualifikationen:

in %	12/2024	12/2023
Hochschulabschluss/Lehrinstitut	20,4	16,8
Sparkassen-/Bankbetriebswirt/-in	14,1	15,0
Sparkassen-/Bankfachwirt/-in	22,0	23,2
Sparkassen-/Bankkauffrau/-mann	30,1	31,9
Sonstige	13,4	13,1

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die Sparkasse ein wichtiges Anliegen. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen werden durch Teilzeitarbeit, variable Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten sowie durch Unterstützung bei der Kinderbetreuung geschaffen.

Die Taunus Sparkasse bietet den Mitarbeitenden Krippenplätze bei den „Taunuskrebsen“ in Bad Homburg v. d. H. an. Auch die Pflege von Angehörigen wird durch den betrieblichen Pflege-Guide als Ansprechpartner im Unternehmen, kostenfreie Veranstaltungen für die Mitarbeitenden zum Thema Pflege und Beruf sowie der Möglichkeit, Sonderurlaub zu nehmen und zusätzliche Urlaubstage entgeltlich zu erwerben, gefördert.

Die Taunus Sparkasse fördert die Region nicht nur direkt, sondern sie unterstützt auch die Mitarbeitenden dabei, in der Region tätig zu werden. Dazu gewährt sie ihren Mitarbeitenden für ehrenamtliche Aktivitäten bezahlte Freistellungen (32 Tage im vergangenen Jahr), unterstützt Spenden durch Mitarbeitende an deren Vereine und stellt Poolfahrzeuge zur Verfügung.

Die Sparkasse fördert durch eine Vielzahl an Angeboten die Gesundheit der Mitarbeitenden. Hierzu zählen bspw. das Angebot eines Job-Rads, die betriebsärztliche Betreuung, ergonomische und zeitgemäße Arbeitsplätze (inkl. Schulung und Einweisung), Vergünstigungen/ Mitarbeitertarife bei Fitness-Studios und Betriebssportangebote.

D. Nachtragsbericht

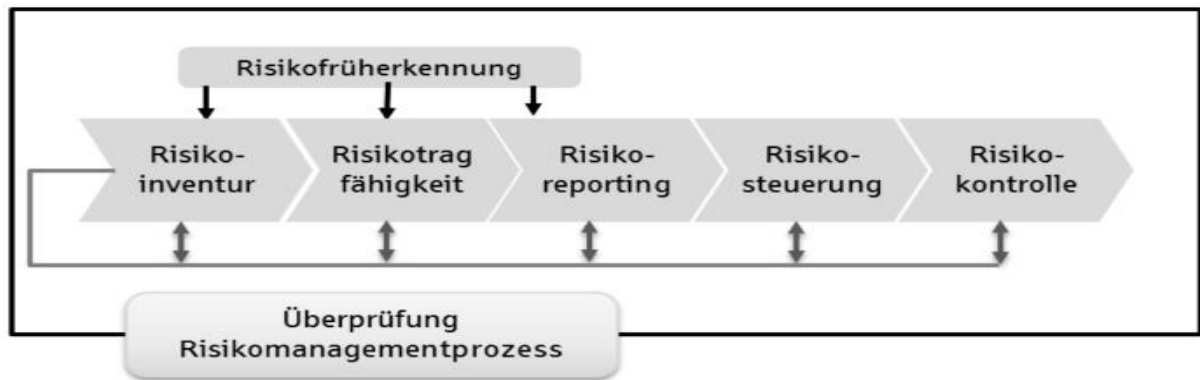
Berichtspflichtige Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Jahresultimo 2024 waren nicht zu verzeichnen.

E. Risikobericht

1. Risikomanagementsystem und Risikotragfähigkeit

Unter dem Risikomanagement versteht die Taunus Sparkasse, dass Risiken frühzeitig und regelmäßig erkannt und analysiert, gesteuert und überwacht werden. Der Risikomanagementprozess unterliegt den Vorgaben aus der am 29.05.2024 veröffentlichten 8. Novelle der Mindestanforderungen für das Risikomanagement und setzt die aufsichtsrechtlichen Leitlinien aus 2018 an die bankinternen Risikotragfähigkeitskonzepte um.

Der Risikomanagementprozess in der Sparkasse stellt sich wie folgt dar:



Die Risikotragfähigkeitskonzeption umfasst die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials, die Risikomessung und die Begrenzung der Risiken durch Risikolimits. Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer vierteljährlichen bzw. jährlichen Berechnung der ökonomischen und der normativen Risikotragfähigkeit ein. So stellt die Sparkasse sicher, dass die Auswirkungen und die Wechselwirkungen aus beiden Sichtweisen betrachtet werden und verzahnt die Ansätze der Fortführung (normative Perspektive) sowie der Liquidation (ökonomische Perspektive) und berücksichtigt damit in der Risikosteuerung beide Schutzziele. Die Risikotragfähigkeitsberechnungen werden ergänzt um Stresstests (ökonomische Risikotragfähigkeit) sowie Betrachtungen adverser Szenarien (normative Risikotragfähigkeit).

Die Verbundstrategie des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) bildet die Grundlage für die Geschäfts- und Risikostrategie der Taunus Sparkasse. Für die Geschäftsstrategie wurden darauf aufbauend konkrete strategische Maßnahmen formuliert, die der zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Sparkasse dienen. Diese Maßnahmen beinhalten auch die Operationalisierung der Verbundziele zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, zu Wachstum und Kundenzufriedenheit im Markt bzw. Vertrieb sowie zu den Ressourcen und der Digitalisierung der Sparkasse. Konsistent dazu abgeleitet ist die Risikostrategie, die die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten umfasst. Risikomanagementziele sind u. a. das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzepts und einer ertrags- und wertorientierten Banksteuerung sowie die Beachtung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Aus den Leitgedanken der Strategie sind strategische Kennzahlen (Key Risk Indicators) abgeleitet. Diese sind mit Limiten in Form von Risikoappetit- und Toleranzwerten versehen.

Ziel der Risikoinventur ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit zu beurteilen. Nachhaltigkeitsrisiken wurden als Risikotreiber bei der Beurteilung der Wesentlichkeit der Risiken qualitativ berücksichtigt. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur

wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Risikotragfähigkeit als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko Spreadrisiko Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiko	
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Um Nachhaltigkeitsrisiken abzudecken, betrachtet die Taunus Sparkasse im Berichtsjahr sowohl einen Horizont von sechs bis 30 Jahren (strategische Nachhaltigkeitsrisikoinventur) als auch einen kurzfristigen Zeitraum bis 5 Jahre (operative Risikoinventur). Die strategische Relevanzbeurteilung erfolgt mittels Abschätzung der Auswirkungen auf das Geschäftsmodell, die Strategie, die strategischen Kennzahlen und die Nachhaltigkeitsrisikoindikatoren.

Ziel der Ermittlung der ökonomischen Risikotragfähigkeit ist die Sicherstellung des Gläubigerschutzes. Das Risikodeckungspotenzial entspricht dem barwertigen Vermögenswert (Substanzwert) bezogen auf das Bestandsgeschäft und umfasst sämtliche Vermögenswerte und Schulden der Sparkasse. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2024 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 850,2 Mio € (Vorjahr: 824,1 Mio €). Das daraus abgeleitete, gegenüber dem Vorjahr unveränderte Gesamtlimit von 525,0 Mio € wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Alle bereitgestellten Limite reichten jederzeit sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Innerhalb des Adressenrisikos werden zwischen dem Kunden- und dem Eigengeschäft solche Effekte dargestellt. Die entsprechende Vorgehensweise bezüglich der Marktpreisrisiken ist bis auf weiteres ausgesetzt. Mit Blick auf die Feststellungen der Aufsicht im Rahmen der Prüfung der S Rating und Risikosysteme GmbH (SR) gemäß § 44 KWG gilt dies bis zur abschließenden Bearbeitung aller relevanten Feststellungen durch die SR, um eine Risikounterschätzung zu vermeiden. Für das Immobilienrisiko sind durch die Aufsicht zentral für die Sparkassenorganisation vorgegebene Risikoaufschläge umgesetzt worden.

Abweichend von den anderen wesentlichen Risikoarten wird der barwertige Erwartungswert aus den Operationellen Risiken i. H. v. 6,6 Mio € als Abzugsposition bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials angesetzt. Zur Ermittlung des Gesamtrisikos aus Operationellen Risiken muss demnach der ausgewiesene Risikowert aus der folgenden Tabelle um diesen Betrag erhöht werden, wodurch sich ein Quantilwert von 61,1 Mio € ergibt.

Das eingerichtete Limitsystem stellt sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

Risikoart in Mio €	Limit	Limitauslastung		Limitauslastung	
		Dez 24	in %	Dez 23	in %
Adressenrisiko	135,0	95,1	70,4	95,3	70,6
Kundengeschäft	110,0	93,4	84,9	92,1	83,7
Eigengeschäft	25,0	14,6	58,4	15,2	60,8
Diversifikationseffekt	0,0	-12,9		-12,0	
Marktpreisrisiko	170,0	114,0	67,1	86,3	50,8
Zinsänderungsrisiko	105,0	57,0	54,3	62,6	59,6
Spreadrisiko	40,0	35,6	89,0	26,9	67,3
Immobilienrisiko	25,0	21,4	85,6	13,4	53,6
Diversifikationseffekt (exkl. Immobilienrisiko)	0,0	0,0		-16,6	
Liquiditätsrisiko (Refinanzierungskostenrisiko)	60,0	16,8	28,0	32,8	54,7
Operationelles Risiko	80,0	54,5	68,1	61,5	76,9
Beteiligungsrisiko	80,0	57,0	71,3	49,2	61,5
aus strategischen Beteiligungen	56,0	49,9	89,1	42,2	75,4
aus Funktionsbeteiligungen	23,0	6,8	29,6	6,8	29,6
aus Kapitalbeteiligungen	1,0	0,2	20,0	0,2	20,0
Risikotragfähigkeitslimit/ Gesamtrisiko	525,0	337,4	64,3	325,1	61,9

Die Sparkasse führt ergänzend vierteljährlich Stresstests für alle wesentlichen Risiken durch. Diese umfassen historische und hypothetische Szenarien, bei deren Festlegung die strategische Ausrichtung der Sparkasse und das wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt werden. Folgende Stresstests sind definiert, um die Auswirkungen auf die Verlustanfälligkeit zu untersuchen:

- Schwerer konjunktureller Abschwung
- Markt- und Liquiditätskrise
- Immobilienkrise aufgrund von Zinsanstieg
- Schwerer konjunktureller Abschwung mit Zinsanstieg (nachrichtliches Szenario)
- ESG-Stresstests (physisches und transitorisches Risiko).

Im Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei Eintritt eines dieser Szenarien die Risikotragfähigkeit ohne Einschränkung gegeben ist. Der Stresstest einer Immobilienkrise zeigt mit 262,7 Mio € die höchste Auslastung.

Die Sparkasse führt mindestens jährlich inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse oder Szenarien die Sparkasse in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten. Die Überlebensfähigkeit ist als gefährdet anzusehen, wenn das Geschäftsmodell nicht mehr durchführbar ist. Als Inversitätsschwelle hat die Sparkasse das nach Abzug der Risiken im Risikofall noch verbleibende freie Risikodeckungspotenzial festgelegt. Die Ergebnisse der inversen Stresstests zeigen im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit, dass die Existenz der Sparkasse nur durch sehr unwahrscheinliche Ereignisse gefährdet werden könnte.

Ziel der Ermittlung in der normativen Risikotragfähigkeit ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2029. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden im Rahmen der Planung aus dem

Herbst 2024 folgende Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario getroffen:

- Moderates Wachstum führt zu einer Bilanzsumme von 8 Mrd € in 2029.
- Zinsüberschuss:
 - Eine an die Markterwartung angelehnte Zinsmeinung führt zu einer normalen Zinsstruktur in 2029 (3-MG: 2,36 % / 10-JG: 2,99 %).
 - Die Neugeschäftsplanung bei den Kundenkrediten führt ab 2027 zu einem Bestandswachstum (leichter Rückgang bis 2026).
 - Die Kundeneinlagen wachsen jährlich um 2,0 %. Der Anteil verzinster Kundeneinlagen liegt in 2029 bei 60 %.
 - Aus der Refinanzierungsstruktur ergibt sich ein Passivüberhang (ca. 700 Mio € Bundesbankanlage).
- Steigendes Wertpapiergeschäft und Ausbau der Verbundaktivitäten führen zu einem leicht steigenden Provisionsüberschuss.
- Spürbare Tarifierhöhungen bei leicht rückläufigen Mitarbeiterkapazitäten sowie steigenden Sachaufwendungen führen zu einem höheren Verwaltungsaufwand.
- Vorsichtige Bewertungsansätze für Kreditrisiko führen zu erhöhten Risikovorsorgekosten.

In der normativen Risikotragfähigkeit sind alle regulatorischen und aufsichtlichen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Anforderungen an die Höhe und die Struktur des Kapitals, die Höchstverschuldungs- sowie die Großkreditgrenze. Für den betrachteten Zeitraum von fünf Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Als adverses Szenario wird ein schwerer konjunktureller Abschwung betrachtet. Für dieses Szenario wurden folgende Annahmen bezüglich der wesentlichen Risikoarten getroffen:

- Adressenrisiko mit Schwerpunkt auf dem Immobiliensektor: Bonitätsverschlechterungen, geringere Verwertungserlöse
- Marktpreisrisiko: sinkende Marktzinsen, Creditspread-Ausweitungen
- Liquiditätsrisiko: steigende Kreditnachfrage und Abzug von Kundeneinlagen sowie eine Ausweitung der Liquiditätsspreads
- Beteiligungsrisiko: Bewertungsverluste und Verringerung von Ausschüttungen
- Operationelles Risiko: Anstieg der Verluste aus Schadensfällen.

Die in der normativen Risikotragfähigkeit anzuwendenden Verfahren zur Risikoquantifizierung ergeben sich für Adressenrisiken, Marktpreisrisiken und Operationelle Risiken aus den rechtlichen Anforderungen der CRR, nach denen risikogewichtete Positionsbeträge zu ermitteln sind. Die Risikoquantifizierung für Zinsänderungsrisiken sowie die weiteren wesentlichen Risiken ergeben sich aus der Berechnung eines möglichen Kapitalzuschlags im Rahmen des bankaufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP).

Im adversen Szenario sind die harten Mindestkapitalanforderungen (Kapitalanforderungen gemäß CRR und SREP) zwingend einzuhalten. Für den betrachteten Zeitraum von fünf Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen erfüllt werden.

in Mio €		2025	2026	2027	2028	2029
Plan-szenario	Eigenmittel	755,9	742,9	700,4	725,5	750,7
	RWA	4.447,5	4.508,8	4.648,4	4.787,8	4.852,9
	Eigenmittelquote (EMQ) in %	17,00	16,48	15,07	15,15	15,47
	Mindest-EMQ in %	12,58	12,58	12,58	12,58	12,58
Adverses Szenario	Eigenmittel	747,7	700,5	647,3	661,3	675,4
	RWA	4.577,3	4.748,7	4.842,5	4.899,1	4.884,8
	Eigenmittelquote (EMQ) in %	16,34	14,75	13,37	13,50	13,83
	Mindest-EMQ in %	12,58	12,58	12,58	12,58	12,58

Die Unternehmens- und Kapitalplanung ist im April 2025 bezüglich des Planszenarios aktualisiert worden (siehe Abschnitt F. „Prognosebericht 2025“).

Die der Risikotragfähigkeit zugrunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden mindestens jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (Validierung).

Die Risikosteuerung umfasst die Analyse sowie die zeitgerechte und situationsabhängige Auswahl und Anwendung der Instrumente zur Risikobewältigung. Hierzu gehört die Simulation der einzelnen Risikoabwehrmaßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung, um gezielt die geeignete Maßnahme auswählen zu können.

Die Taunus Sparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente ein (Swappeschäfte mit einem Nominalwert zum 31. Dezember 2024 von 2.500,0 Mio €). Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches gemäß IDW RS BFA 3 n. F. einbezogen. Darüber hinaus wurden Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB als Micro-Hedges zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken gebildet. Hierzu verweisen wir auf die Angaben im Abschnitt D. des Anhangs zum Jahresabschluss.

Die Risikofrüherkennung umfasst die Identifizierung möglicherweise neu aufgetretener Risiken und das Erkennen eines bekannten Risikos sowie die Kommunikation im Rahmen der Berichterstattung. Die Risikofrüherkennung bezieht sich dabei sowohl auf das Eintreten von Risiken als auch auf eine Reduzierung des Risikodeckungspotenzials. Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten hat die Sparkasse Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Die Risikokontrolle umfasst die Überprüfung der aufgenommenen Steuerungsmaßnahmen auf Effizienz sowie Effektivität und führt gegebenenfalls erneute Handlungen im Risikomanagementprozess herbei.

Durch das Risikoreporting wird die Risikosituation der Sparkasse abgebildet. Die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu allen wesentlichen Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (Interne Kontrollverfahren) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei

Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Durch die Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation ist sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Aufgaben durch unterschiedliche Mitarbeitende wahrgenommen werden. Die Funktionstrennung zwischen dem Risikocontrolling und den Marktbereichen ist bis zur Vorstandsebene und auch für den Vertretungsfall organisatorisch gegeben. Grundlegende Entscheidungen zur Anpassung des Risikomanagements werden vom Vorstand getroffen. Die operative Risikosteuerung erfolgt durch die Marktbereiche. Der direkt dem Vorstand unterstellte Bereich Gesamtbanksteuerung ist für die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung der Risiken verantwortlich.

Die Risikocontrolling-Funktion ist aufbauorganisatorisch von den Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt. Sie hat die Aufgabe, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren, die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die regelmäßige Berichterstattung der Risikosituation. Zusätzlich verantwortet sie die Umsetzung der aufsichtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die Risikocontrolling-Funktion wird durch definierte Mitarbeitende im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten wurden Verfahren festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen. Auch die mit der Emission von Pfandbriefen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) gestellten Anforderungen werden durch das bestehende Risikomanagementsystem erfüllt.

2. Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls eines Schuldners bedingt ist. Dabei beinhaltet das Adressenrisiko das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko. Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert hat.

Impliziter Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft ist das Länderrisiko. Es umfasst neben dem bonitätsinduzierten auch das politische Risiko, z. B. aus einem Transferstopp. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein sonstiger Schuldner sein, der seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Die wertorientierte Messung des Adressenrisikos erfolgt über eine Monte-Carlo-Simulation mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View (CPV). Dabei werden mögliche makroökonomische Rahmenbedingungen (z. B. durch Branchen-Ausfallwahrscheinlichkeiten, Korrelationen, Migrationsmatrizen) und die aktuelle Portfoliostruktur inklusive der Rating- und Sicherheitinformationen sowie Konzentrationsrisiken berücksichtigt. Die Ergebnisse der simulier-

ten Wertentwicklungen werden zu einer Wertänderungsverteilung zusammengeführt, woraus die erwartete Wertänderung und der Value-at-Risk als Abweichung vom Erwartungswert abgeleitet werden.

Das Adressenrisiko wird im Folgenden nach dem Kunden- und dem Eigengeschäft nochmals konkretisiert und spezifiziert.

2.1. Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avalen. Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko). Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung des Adressenrisikos im Kundengeschäft erfolgt auf Portfolioebene entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie von Aspekten der Nachhaltigkeit (z. B. Ausschlusskriterien). Daneben wurden Kreditvergabebedingungen auf Ebene der Kreditnehmerverbände festgelegt, die sich am Kreditvolumen, am Risikogehalt und an dem nicht besicherten Anteil (Blankovolumen) orientieren. Insbesondere für Immobilienfinanzierungen sind detaillierte Risikogrundsätze und objektbezogene Höchstgrenzen definiert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (erstes Votum) und Marktfolge (zweites Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- Regelmäßige Beurteilung der Bonität und der Kapitaldienstfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Rating- und Scoringverfahren in Kombination mit einer Preisgestaltung sowie Kompetenzen in Abhängigkeit von der Bonität
- Interne, bonitätsabhängige Kredithöchstgrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio.
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das auf der Basis von quantitativen Kriterien (bspw. Auffälligkeiten in der Kontoführung) und qualitativer Kriterien auf Ebene der Einzelkreditnehmer Risiken identifiziert
- Festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder die Problemkreditbearbeitung
- Berechnung des Adressenrisikos in der ökonomischen Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell CPV
- Ermittlung von Sicherheitenwerten auf Basis der Vorgaben der BelWertV bzw. der sparkassen-rechtlichen Beleihungsgrundsätze
- Turnusmäßige bzw. anlassbezogene Überprüfung der hereingenommenen Sicherheiten und Garantien hinsichtlich ihrer Werthaltigkeit
- Portfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting.

Den wesentlichen Anteil der Kreditgeschäfte machen volumenbezogen Immobilienfinanzierungen aus. Die Verteilung des Kreditvolumens (Obligo) nach Organisationseinheiten zeigt die nachstehende Tabelle:

Kundensegmente	Dez 24		Dez 23		Veränderungen	
	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %
Firmen- und Gewerbekunden	1.120,3	16,6	1.163,7	16,6	-43,4	-3,7
Private Banking	782,5	11,6	782,4	11,2	0,1	0,0
Kommunen, Immobilien & Projektentwickler	3.380,9	50,0	3.804,3	54,3	-423,4	-11,1
davon Bestandsfinanzierungen	1.904,7	56,3	2.236,3	58,8	-331,6	-14,8
davon Kommunalnahe Unternehmen und Kommunen	653,2	19,3	561,9	14,8	91,3	16,2
davon Projektentwicklungen Wohnen	337,5	10,0	360,5	9,5	-23,0	-6,4
davon Projektentwicklungen Gewerbe	258,3	7,6	295,5	7,8	-37,2	-12,6
davon Wohnungsbau-gesellschaften	173,9	5,1	243,6	6,4	-69,7	-28,6
davon Übrige	53,3	1,6	106,7	2,8	-53,4	-50,0
Private Kunden	737,4	10,9	864,4	12,3	-127,0	-14,7
Mitarbeiter, Sanierung, Abwicklung, Sonstige	735,5	10,9	386,8	5,5	348,7	90,1
Summe	6.756,7	100,0	7.001,6	100,0	-244,9	-3,5

Das Geschäftsjahr war durch ein rückläufiges Neugeschäftsvolumen geprägt. Dies betraf in erster Linie Immobilienfinanzierungen. Unsicherheiten bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und ein weiterhin hohes Preisniveau führten zu einer Zurückhaltung potenzieller Käufer. Die Nachfrage nach Büroflächen war eher fokussiert auf exponierte Lagen. Grundsätzlich werden gegenüber früheren Jahren kleinere Flächen gesucht. Einige geplante Neubauten wurden daher seitens der Projektentwickler bewusst zurückgestellt. Saldiert konnte das Neugeschäft die laufenden Tilgungen bestehender Finanzierungen sowie die Rückzahlung endfälliger Darlehen nicht kompensieren.

Diese Immobilienkrise führte auch zu einem deutlichen Anstieg der Volumina in der Sanierung. Zum Jahresende beträgt der Anteil notleidender Kredite am gesamten Kreditvolumen (NPL-Quote) nach MaRisk 5,9 %. Die damit verbundenen erhöhten Anforderungen an eine Steuerung und Berichterstattung sind im Vorfeld umgesetzt worden. Eine NPL-Strategie ist implementiert. Die strategiekonforme Umsetzung konkreter Maßnahmen für die wesentlichen Engagements wird durch ein neu eingerichtetes NPL-Gremium monatlich gesteuert. Für alle Risiken ist eine angemessene Wertberichtigung gebildet worden.

Der Bewertungsaufwand für das Kreditgeschäft liegt bei 17,7 Mio €. Damit hat sich die Belastung gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert. Positiv gewirkt haben die eingeleiteten Maßnahmen bei Sanierungsengagements, die maßgeblich zu den Auflösungen von bestehender Risikovorsorge in Höhe von 15,3 Mio € betragen. 2023 wurden 48,3 Mio € zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) bzw. der bewusst für solche Krisenszenarien gebildeten Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebucht.

Die Risikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der Obligos nach externen und internen Ratingklassen:

in Mio €	Dez 24	Dez 23	Veränderungen	
			Mio €	in %
AAA bis BBB+ / 1 bis 3 (Darunter Blankoanteil)	3.445,0 (943,8)	3.580,2 (1.000,2)	-135,2 (-56,4)	-3,8 (-5,6)
BBB bis BB+ / 4 bis 8 (Darunter Blankoanteil)	2.447,5 (1.061,3)	2.618,1 (1.174,8)	-170,6 (-113,5)	-6,5 (-9,7)
BB bis BB- / 9 bis 10 (Darunter Blankoanteil)	200,5 (107,2)	214,0 (122,3)	-13,5 (-15,1)	-6,3 (-12,3)
B+ bis C / 11 bis 15 (Darunter Blankoanteil)	49,0 (13,9)	142,1 (73,9)	-93,1 (-60,0)	-65,5 (-81,2)
D / 16 bis 18 (Darunter Blankoanteil)	408,7 (168,1)	195,6 (74,3)	213,1 (93,8)	108,9 (126,2)
Ohne Rating (Darunter Blankoanteil)	206,0 (125,7)	251,7 (147,3)	-45,7 (-21,6)	-18,2 (-14,7)
Summe	6.756,7	7.001,6	-244,9	-3,5

Im Berichtsjahr sind die Volumina in den Ausfallklassen 16 bis 18 deutlich angestiegen. Diese Veränderung korrespondiert im Wesentlichen mit den beschriebenen Überleitungen infolge der Immobilienkrise in die Sanierung.

Die Engagements ohne Rating resultieren im Wesentlichen aus dem Kreditgeschäft mit Projektentwicklern und betreffen Grundstücksfinanzierungen, deren Bebauung noch nicht abschließend projektiert ist. Mit Abschluss der Planung der Bauvorhaben können die Finanzierungen dann im ImmobiliengeschäftsRating bewertet werden.

In der nachstehenden Struktur des Obligos nach Größenklassen wird die Verteilung aggregiert nach Wirtschaftsverbänden dargestellt. Insbesondere Verbände in der Größenklasse 10 Mio € und mehr umfassen regelmäßig jeweils mehrere Immobilienfinanzierungen, die rechtlich und wirtschaftlich voneinander unabhängig sind. Dies relativiert das materielle Risiko in dieser Größenklasse. Ferner ist in dieser Größenklasse weiterhin ein nennenswerter Anteil von Kreditvergaben an Kommunen enthalten.

in Mio €	Dez 24	Dez 23	Veränderungen	
			Mio €	in %
0 T€ bis unter 50 T€	255,4	255,6	-0,2	-0,1
50 T€ bis unter 250 T€	414,6	441,5	-26,9	-6,1
250 T€ bis unter 500 T€	492,4	508,8	-16,4	-3,2
500 T€ bis unter 2.500 T€	920,1	993,4	-73,3	-7,4
2,5 Mio € bis unter 5 Mio €	486,0	510,7	-24,7	-4,8
5 Mio € bis unter 10 Mio € darunter Kommunen	595,8 (52,0)	639,4 (45,0)	-43,6 (7,0)	-6,8 (15,6)
10 Mio € und mehr darunter Kommunen	3.592,3 (374,8)	3.652,2 (342,0)	-59,9 (32,8)	-1,6 (9,6)
Summe	6.756,7	7.001,6	-244,9	-3,5

Vom Gesamtobligo im Kundenkreditgeschäft in Höhe von 6.756,7 Mio € sind 4.336,6 Mio € besichert. Dies entspricht weiterhin einer Besicherungsquote von rund 64 %. Die Sicherheiten sind vorsichtig bewertet; beispielsweise werden Grundpfandrechte nur bis maximal 80 % des Beleihungswertes einer Immobilie berücksichtigt.

Die Blankoanteile der Größenklasse 10 Mio € und mehr resultieren im Wesentlichen aus den vorsichtigen Wertansätzen in den gewerblichen Projektentwicklungen.

in Mio €	Dez 24	Dez 23	Veränderungen	
			Mio €	in %
0 T€ bis unter 50 T€	223,1	222,2	0,9	0,4
50 T€ bis unter 250 T€	97,3	104,9	-7,6	-7,2
250 T€ bis unter 500 T€	100,3	110,6	-10,4	-9,4
500 T€ bis unter 2,5 Mio €	262,9	316,9	-54,0	-17,0
2,5 Mio € bis unter 5 Mio €	172,4	185,7	-13,3	-7,2
5 Mio € bis unter 10 Mio €	175,7	203,1	-27,4	-13,5
10 Mio € und mehr	1.388,4	1.449,4	-60,9	-4,2
Blankoanteile insgesamt	2.420,1	2.592,8	-172,7	-6,7

Monatlich oder anlassbezogen werden Prognosen zum voraussichtlichen Risikovorsorgebedarf erstellt, die dazu dienen, gegebenenfalls ungünstige Entwicklungen im Kreditgeschäft zeitnah zu erkennen. Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und mindestens vierteljährlich über die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

2.2. Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft (Wertpapiere und Forderungen an Kreditinstitute) umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann. Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass bei einem Ausfall die tatsächlich realisierbaren Zahlungen von den prognostizierten Werten abweichen.

Adressenrisiken aus den Spezialfondsanlagen werden im Durchschauprinzip bei der Ermittlung der Risiken in den einzelnen Risikokategorien einbezogen.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, des Risikos der Engagements sowie von Aspekten der Nachhaltigkeit (z. B. Ausschlusskriterien).

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Kreditnehmer (Emittenten- und Kontrahentenlimite) sowie für die einzelnen Assetklassen und Länder
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigener Analysen
- Berechnung des Adressenrisikos in der ökonomischen Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell CPV.

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 1.127,0 Mio €, das sich auf das Eigenmanagement und eine Masterfondsstruktur verteilt. Im Fokus der Strategie im Eigengeschäft steht die kurzfristige Liquiditätssicherung sowie die Erfüllung aufsichtlicher Liquiditätsvorgaben. Eine Konzentration liegt bewusst auf LCR-fähigen und hochliquiden Wertpapieren.

Die Verteilung der externen Ratings zeigt eine risikoarme Struktur. Alle Wertpapiere befinden sich im Investmentgrade. Die Position ohne Rating bezieht sich auf liquide Mittel im Masterfonds.

in Mio €			Gesamt	
	Eigenmanagement	Masterfonds	Mio €	In %
AAA	291,1	268,1	559,2	49,6
AA+ bis AA-	245,5	98,8	344,3	30,6
A+ bis A-	126,2	46,2	172,4	15,3
BBB+ bis BBB-	0,0	43,7	43,7	3,9
BB+ bis BB-	0,0	0,0	0,0	0,0
B+ bis D	0,0	0,0	0,0	0,0
ohne Rating	0,0	7,4	7,4	0,6
Summe	662,8	464,2	1.127,0	100,0

Mit 475,5 Mio € entfällt ein Anteil von 42,2 % des Volumens auf Emittenten, die ihren Sitz außerhalb Deutschlands haben. Durch die Begrenzung auf Wertpapiere aus Ländern von Mitgliedsstaaten oder sogenannter „Key-Partner“ der OECD wird das Risiko begrenzt.

Die Kontrahentenrisiken sind von untergeordneter Bedeutung und entfallen nahezu ausschließlich auf Landesbanken.

3. Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren (Zinsen, Spreads und Immobilienpreise) ergibt. Optionen werden grundsätzlich innerhalb der betroffenen Risikokategorie abgebildet.

Marktpreisrisiken aus den Spezialfondsanlagen werden nach dem Durchschauprinzip bei der Ermittlung der Risiken in den einzelnen Risikokategorien einbezogen.

Die Marktpreisrisikomessung erfolgt im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit mit dem Varianz-Kovarianz-Ansatz (VKA), dem eine Normalverteilungsannahme der einzelnen Risikofaktoren zugrunde liegt. Die Parameter der Normalverteilung werden aus historischen

Daten geschätzt. Unter Berücksichtigung der Portfoliostruktur wurde im Varianz-Kovarianz-Ansatz die Delta-Gamma-Variante ausgewählt. Nur in der Risikokategorie Immobilienrisiko kommt die Delta-Normal-Variante zum Einsatz.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung festgelegter Limite sowie einzuhaltender Kennzahlen und der vereinbarten Anlagerichtlinien für unseren Spezialfonds. Der vom Vorstand benannte Bilanzstrukturausschuss der Sparkasse hat die Aufgabe, den Vorstand bei der Umsetzung der Strategie zu unterstützen.

3.1. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt.

In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Risikotragfähigkeit können sich Veränderungen im Zinsüberschuss und im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie durch Dotierung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Risikotragfähigkeit integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Risikotragfähigkeit: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der IT-Anwendung „Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Risikotragfähigkeit: Ermittlung des Value-at-Risks mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „Marktpreisrisiken (MPR)“
- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos auf Basis einer modernen historischen Simulation der Marktzensänderungen: Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 90 Tage (Haltedauer) wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Hierbei wird aktuell ein Stützzeitraum von 1988 bis 2022 verwendet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Absicherungen (vorzugsweise Aussteuerung durch Benchmark-Swaps). Zur Messung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos werden neben aufsichtlich vorgegebenen Zinsschocks (+/-200BP) auch verbandsseitig definierte Value-at-Risk-Simulationen („Varianz-Kovarianz-Simulation“, VKA, Konfidenzniveau von 99,9 %, Haltedauer von 3 Monate) verwendet.
- Ermittlung des Supervisory Outlier Tests on Economic Value of Equity (SOT on EVE) sowie SOT on Net Interest Income (SOT NII) gemäß den Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting bezüglich des Zinsänderungsrisikos im Anlagebuch (IRRBB) (EBA/ITS/2023/03) der European Banking Authority (EBA) bzw. der Durchführungsverordnung (EU) 2024/855
- Ermittlung des Zinsrisikoeffizienten und des Frühwarnindikators gemäß § 25a Abs. 2 KWG auf Basis des BaFin-Rundschreibens 6/2019 vom 6. August 2019
- Für Geschäfte mit unbestimmter Fälligkeit oder mit Kundenkündigungsrechten wurden für die Messung der Zinsänderungsrisiken Annahmen (z. B. Bodensatz- und Zinsbindungsfiktion) getroffen. Die Cashflows variabel verzinslicher Produkte werden über das Konzept der gleitenden Durchschnitte und damit der erwarteten Zinsbindung abgebildet.
- Die zu Positionen mit unbestimmter Kapitalbindung bestehenden gesetzlichen und vertraglichen Kündigungs- und Tilgungsrechte (implizite Optionen) werden über die Anwendung „Analyse impliziter Optionen (AnimO)“ in die Risikomessung einbezogen.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos bzw. möglicher Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage folgender Limitierungen:

Strategische Kennzahlen	Limit	Limitauslastung/ Ist-Wert
SOT on EVE in %	-15,0	-3,1
SOT on NII in %	-5,0	-2,1
SREP-Koeffizient Zinsänderungsrisiken in %	2,75	0,5
Hebelabweichung (vom Zielhebel) in %-Punkten Hebelabweichung	±0,25	-0,13
Bewertungsergebnis Wertpapiere nach Verrechnung mit § 340f HGB-Reserve in Mio €	15,0	0,6
Verpflichtungsüberschuss verlustfreie Bewertung des Bankbuchs in Mio € (BFA 3)	20,0	52,4

Alle genannten Steuerungsgrößen waren im Berichtszeitraum eingehalten.

Zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken wurden neben bilanzwirksamen Instrumenten in Form langfristiger Refinanzierungen auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt.

3.2. Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zugrunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Die Steuerung des Spreadrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage der beschlossenen Risikolimiten.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentlichen Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Risikotragfähigkeit: Berechnungen auf Basis verschiedener Spreadszenarien mittels der IT-Anwendung „Gesamtbanksimulation mit vollem Methodenumfang (GBS-VMU)“
- Ökonomische Risikotragfähigkeit: Ermittlung des Value-at-Risks mittels der IT-Anwendung „Marktpreisrisiken (MPR)“.

3.3. Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften).

In der normativen Risikotragfähigkeit umfasst das Immobilienrisiko darüber hinaus das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien.

Die Steuerung des Immobilienrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf Grundlage der beschlossenen Risikolimiten.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentlichen Elemente:

- **Ökonomische Risikotragfähigkeit:** Ermittlung des Value-at-Risks auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „Caballito“. Als Datenbasis werden für die Benchmarkzeitreihen die nach Land und Nutzungsart segmentierten IPD-Indizes mit einer Historie seit 2001 genutzt, die vom Index-Anbieter MSCI erstellt und durch Property & Data Analytics GmbH bereitgestellt werden.
- **Periodische Ermittlung und normative Risikotragfähigkeit:** Berechnungen auf Basis verschiedener Szenarien mittels der IT-Anwendung „Caballito“.

Immobilien im Eigenbestand sowie in Immobilienfonds werden in einem überschaubaren Umfang gehalten. Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar.

4. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des instituts-eigenen Spreads sowie auf der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Risikotragfähigkeit ergibt sich aus der negativen Veränderung des Liquiditätsbeitrages aufgrund von marktbedingten Spread-schwankungen. Die Berechnung des Refinanzierungskostenrisikos erfolgt mit der von der S Rating und Risikosysteme GmbH (SR) entwickelten IT-Anwendung „Refinanzierungskostenrisiko (RKR)“ über einen Varianz-Kovarianz-Ansatz mit den wesentlichen Annahmen der Normalverteilung und eines Erwartungswerts von Null und berücksichtigt ausschließlich die Refinanzierungsspreads. Die voraussichtliche Liquiditätsspreadbindungsdauer der variabel verzinslichen Geschäfte wird über Liquiditätsmischungsverhältnisse berücksichtigt.

In der normativen Risikotragfähigkeit wird die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen abgebildet. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage von Risikolimiten. Als Steuerungsgröße wird daneben das Risikomaß eines Überlebenshorizonts (Survival Period) verwendet. Es wurde festgelegt, dass im kombinierten Szenario der Überlebenshorizont mindestens zwei Monate betragen soll. Der zum 31. Dezember 2024 ermittelte Überlebenshorizont der Sparkasse beträgt elf Monate.

Daneben wurde festgelegt, dass die aufsichtlichen Liquiditätskennzahlen Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR) dauerhaft die festgelegten Schwellenwerte

von jeweils 107,5 % nicht unterschreiten sollen. Beide Kennzahlen lagen im Jahr 2024 stets über diesen Werten.

	Dez 24	Dez 23	Limit
Liquidity Coverage Ratio (LCR) in % (Minimum und Maximum im Kalenderjahr)	245,7 (119,0-246,3)	143,5 (113,8-145,9)	107,5 bis 115,0
Survival Period (SVP) in Monaten	11	3 bis 4	2 bis 3
Net Stable Funding Ratio (NSFR) in %	127,7	117,3	107,5 bis 115,0

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentlichen Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der LCR und der NSFR
- Regelmäßige szenariospezifische Ermittlung des Überlebenshorizonts (Survival Period)
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung (inkl. eines adversen Szenarios)
- Regelmäßige Überwachung der Refinanzierungskonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung
- Ökonomische Risikotragfähigkeit: Ermittlung des Value-at-Risks mittels der IT-Anwendung „Refinanzierungskostenrisiko (RKR)“.

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird.

Es besteht ein hoher Bestand an täglich fälligen Kundeneinlagen und bei der institutionellen Refinanzierung eine bewusste Fokussierung auf Landesbanken. Die Struktur der Kundeneinlagen unterliegt einer täglichen Überwachung, um kurzfristig Maßnahmen ergreifen zu können und um mögliche Risiken zu begrenzen.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5. Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage der bereitgestellten Risikolimits. Als Steuerungsgröße werden daneben interne strategische Kennzahlen verwendet. Es werden OpRisk-Szenarien zur Erhebung von Ex-ante-Daten genutzt sowie eine Schadensfalldatenbank zur Erhebung von Ex-post-Daten eingesetzt. Zum Umgang der ermittelten operationellen Risiken nutzt die Sparkasse die Handlungsalternativen Risikoakzeptanz, -reduzierung und -transfer. Den operationellen Risiken wird u. a. auch im Rahmen der Gestaltung und Überwachung von Prozessen durch Kontrollmechanismen und Dokumentationen sowie durch Vorsorgemaßnahmen, Notfallkonzepte und den Abschluss von Versicherungen Rechnung getragen.

in Mio €	Dez 24	Dez 23	Limit
Schadensfälle	0,4	1,2	1,0 bis 1,5

Die Sparkasse nutzt zur Messung der operationellen Risiken in der ökonomischen Risikotragfähigkeit das von der SR bereitgestellte OpRisk-Schätzverfahren. Die Methodik des OpRisk-Schätzverfahrens beinhaltet, dass die Sparkasse zunächst basierend auf ihrer eigenen Verlusthistorie den Median ihrer Gesamtjahresverlustverteilung schätzt. Dieser Median wird zusätzlich mit dem Median des OpRisk-Pools für Schadensfälle adjustiert. Der erwartete periodische Verlust für ein Jahr dient als Ausgangsbasis für die Berechnung des erwarteten barwertigen Verlustes, bei der weitere Faktoren (z. B. Bestandsgeschäftsfaktor, Nachlaufrist) berücksichtigt werden.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentlichen Elemente:

- Mindestens jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenario-bezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien“
- Laufende systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Risikotragfähigkeit: Abbildung im Plan- und im adversen Szenario über Aufwand für Schadensfälle und den Risikobetrag gemäß CRR-Basisindikatoransatz
- Ökonomische Risikotragfähigkeit: Mindestens vierteljährliche Ermittlung der ökonomischen Risikowerte auf Basis des Value-at-Risks in der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT.

Aufgrund der ausschließlichen Nutzung von IT-Anwendungen des Sparkassenverbands bzw. der S Rating und Risikosysteme GmbH bestehen hohe Abhängigkeiten im Falle eines Ausfalls der IT. Operationelle Risiken sind insbesondere in den Kategorien Mitarbeiter und Externe Einflüsse (z. B. geänderte Rechtsprechung) beobachtbar. Diesen wird von der Sparkasse durch die bestehenden Risikosteuerungs- und -controllingprozesse entgegengewirkt.

6. Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine negative Wertänderung einer Beteiligung und des Risikos eines Nachschusses.

Die Steuerung des Beteiligungsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie im Rahmen des Beteiligungsmanagements. Je nach Beteiligungsart wird nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen unterschieden.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentlichen Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen für die Verbundbeteiligungen
- Die Beteiligungsrisiken werden in der normativen Perspektive über die Risikogewichte für Beteiligungen gemäß der CRR abgebildet und fließen in die Gesamtrisikopositionen ein; somit wirken sie sich auf die Kapitalquoten und Solvabilitätskennzahlen aus.
- Ökonomische Risikotragfähigkeit: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse

- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen
- Regelmäßige qualitative Beurteilung der Unternehmensentwicklung, der strategischen Ausrichtung sowie der Marktstellung des jeweiligen Beteiligungsunternehmens.

Für die Risikoermittlung setzt die Sparkasse folgende Parameter ein:

- SR-Parameter für strategische Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen (Mischungsindex 80 % „iBoxx Euro Financials Subordinated Total Return“ für europäische Nachranganleihen und 20 % „EURO STOXX Financials Euro - Total Return“ für europäische Aktien)
- Buchwerte bzw. Marktwerte, sofern diese vorliegen, für strategische Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Ein Schwerpunkt liegt bei strategischen Verbundbeteiligungen der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Diese sind geprägt von guten Bonitäten (Fitch Langfristrating A+, Ausblick stabil) und bestehenden Sicherungseinrichtungen.

7. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risiken der Taunus Sparkasse waren im Jahr 2024 stets mit ausreichend Risikodeckungspotenzial unterlegt (ökonomische Risikotragfähigkeit). Die Risiken bewegten sich innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Das Risikotragfähigkeitslimit war am Bilanzstichtag mit 64,3 % ausgelastet. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen in der normativen Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen erfüllt. Demnach ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar. Herausfordernd ist das deutlich angestiegene NPL-Portfolio. Eine konsequente Begleitung dieser Engagements und der vereinbarten Maßnahmen ist wesentlich für die Entwicklung der Risikovorsorge und damit die geplanten Gewinnzuführungen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen scheinen weiterhin angespannt; ebenfalls gewinnt das politische Management zunehmend an Bedeutung. Dies beeinflusst weiterhin die Situation am Immobilienmarkt, verstärkt aber auch das klassische Firmen- und Gewerbekundengeschäft. In der Konsequenz nehmen Kreditengagements in der Intensivbetreuung bzw. in der Sanierung zu.

Zusammenfassend beurteilen wir unsere Risikolage als herausfordernd.

F. Prognosebericht 2025

Das Jahr 2025 bleibt wirtschaftlich weiter herausfordernd. In den Prognosen von Verbänden und Wirtschaftsinstituten wird von einer weiteren Stagnation der deutschen Wirtschaft ausgegangen. Geopolitische Konflikte, unsichere politische Rahmenbedingungen und eine schwache Investitionsdynamik prägen das Bild. Zwar stabilisieren Konsum und Staatsausgaben die Lage etwas, doch der Außenhandel und die Unternehmensinvestitionen trüben das Gesamtbild. Der etwas stockende Disinflationsprozess begrenzt den Spielraum der Geldpolitik, die Leitzinsen weiter stark und schnell senken zu können. Auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt dürfte sich seitwärts bewegen. In Summe bleibt 2025 ein Jahr mit begrenztem wirtschaftspolitischem Wirkhebel. (Quelle: Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, Gesamtwirtschaftlicher Jahresrückblick und -ausblick, 2025).

Die im Dezember 2024 von der Sparkasse erstellte und im April 2025 aktualisierte Planung für das Geschäftsjahr 2025 berücksichtigt neben externen Prognosen vor allem die Einschätzung des Vorstands zu den Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und gibt eine Abschätzung, wie sich wichtige Kennziffern im kommenden Geschäftsjahr entwickeln werden. Da die nachfolgenden Ausführungen auf Annahmen beruhen, können die tatsächlichen Ergebnisse von den Erwartungen abweichen.

in Mio €	2025 Plan	2024
Zinsüberschuss	123,7	143,9
Provisionsüberschuss	42,6	41,9
Sonstiges ordentliches Ergebnis	0,8	0,0
Verwaltungsaufwand	123,3	113,0
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0
Betriebsergebnis vor Bewertung	43,9	72,8
Bewertungsergebnis (inkl. Auflösung von § 340f HGB-Reserven)	-11,0	-13,7
Betriebsergebnis nach Bewertung	32,9	59,1
Neutrales Ergebnis	0,0	-1,6
Ergebnis vor Steuer	32,9	57,5
Steuer	9,6	13,9
Ergebnis nach Steuern	23,2	43,6

In der aktuellen Planung für das Jahr 2025 wird von einem im Vergleich zum Vorjahr veränderten Zinsumfeld ausgegangen. Im Gegensatz zur vorherigen Annahme eines länger anhaltend stabilen Marktzinsniveaus wird nun erwartet, dass der EZB-Einlagenzins im weiteren Jahresverlauf 2025 nochmals moderat zurückgeht. Gleichzeitig ist eine Normalisierung der Zinsstrukturkurve unterstellt.

Der unter der vorgenannten Annahme geplante Zinsüberschuss liegt mit 123,7 Mio € um 20,2 Mio € unter dem im Jahr 2024 erzielten Ergebnis. Für das Jahr 2025 wird mit einem Anstieg der Kreditnachfrage gerechnet, welcher zu einem leichten Bestandswachstum im Kundenkreditgeschäft führt. Die Einlagenstruktur wird weiterhin maßgeblich durch Umschichtungen von Sichteinlagen in verzinsliche Produkte geprägt sein. Im optimistischen Fall, dem insbesondere ein höheres Marktzinsniveau zugrunde liegt, wird von einem höheren Zinsüberschuss ausgegangen. Rückläufige Geld- und Kapitalmarktzinsen führen dagegen zu einem niedrigeren Zinsüberschuss. Um die Wettbewerbsfähigkeit im Einlagengeschäft zu

sichern und weiteres Wachstum zu ermöglichen, setzt die Sparkasse auf eine faire und transparente Produkt- und Preispolitik. Die damit verbundene Ausweitung des Zinsaufwands wurde vorausschauend in der Planung berücksichtigt.

Mit einer weiterhin guten Reputation der Taunus Sparkasse als kundenzentriertes Institut soll der Wachstumspfad im Girogeschäft sowohl im Privat- wie auch im Gewerbekundengeschäft fortgeführt werden. Dabei soll auch das Wertpapierdienstleistungs- und auch das Verbundgeschäft (z. B. Versicherungen, Bausparen, Finanzierungsvermittlungen) ausgebaut und damit unser geplantes Provisionsergebnis von 42,6 Mio € erzielt werden.

Der Verwaltungsaufwand wird geprägt durch den Personalaufwand. Ursächlich für die erwartete Erhöhung sind insbesondere weitere tarifbedingte Lohnkostensteigerungen. Zur strategischen Vorsorge gegen den absehbaren Fachkräftemangel wurden im Jahr 2024 bewusst personelle Verstärkungen vorgenommen. Für das Jahr 2025 wird aufgrund einer natürlichen Fluktuation von einem rückläufigen Personalbestand ausgegangen. Für die nächsten Jahre werden weitere Lohnkostensteigerungen erwartet. Bei den Sachaufwendungen wird trotz zukunftssichernder Investitionen mit einem leichten Rückgang geplant.

Trotz der wirtschaftlich herausfordernden Lage sowie des geplanten Wachstums im Kreditneugeschäft hat die Sparkasse für 2025 den Planwert für die Risikovorsorge gegenüber dem durch die Immobilienkrise stark geprägten Vorjahresplanwert reduziert. Insgesamt wurden 11,0 Mio € negatives Bewertungsergebnis geplant. Chancen für ein besseres Bewertungsergebnis ergeben sich bei einer schnelleren Erholung der wirtschaftlichen Situation; Risiken bestehen insbesondere bei einer Verschlechterung des Immobilienmarkts.

Letztlich führen in der Planung 2025 alle Entwicklungen zu einem Ergebnis nach Steuern von 23,2 Mio €. Die geplanten Gewinnthesaurierungen tragen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis und damit auch zur Sicherstellung der Erfüllung von höheren aufsichtlichen Kapitalanforderungen bei.

Im Ausblick für 2025 erreicht die Sparkasse im Planszenario eine weitere Stärkung der Kernkapitalquote. Bei den übrigen strategischen Kennzahlen schlägt sich der zuvor beschriebene Rückgang im Zinsüberschuss sowie ein durch Tariferhöhungen geprägter Anstieg des Verwaltungsaufwands nieder.

Strategische Kennzahlen bzw. Leistungsindikatoren in %	2025 Plan	2024
Relation Zinsüberschuss zu ordentlichem Aufwand	0,99	1,24
Cost-Income-Ratio	73,8	60,8
Betriebsergebnis vor Bewertung in % der durchschnittlichen Bilanzsumme	0,55	0,98
Risikoaufwandsquote	26,7	21,9
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern	4,4	7,7
Eigenkapitalzuführung in Mio €	19,2	41,6
Kernkapitalquote	15,1	15,6

Auch auf Basis der Planung für das betriebswirtschaftliche Ergebnis im Jahr 2025 wird erwartet, dass die aufsichtlichen Kennzahlen in der normativen Banksteuerung sowie die Liquiditätskennzahlen LCR und NSFR zu jederzeit eingehalten werden.

Im Planungshorizont bis 2029 erfüllt die Sparkasse jederzeit die aufsichtlichen Kapitalanforderungen in der Kapitalplanung des Planszenarios sowie des ungünstigen adversen Szena-

rios. Auch bei Anwendung der sich aus Basel IV ergebenden Anforderungen sowie unter Berücksichtigung eines SREP-Aufschlags von 1,0 % werden im mittelfristigen Planungshorizont die Kapitalanforderungen jederzeit erfüllt (siehe E. Risikobericht, 1. Risikomanagementsystem und Risikotragfähigkeit).

Mit den Capital Requirements Regulation (CRR) III werden die Anforderungen von Basel IV auf europäischer Ebene umgesetzt. Die CRR III enthält weitreichende Neuregelungen zur Ermittlung der Risk Weighted Assets (RWA), vor allem für das Kreditrisiko und die operationellen Risiken. Im Wesentlichen ergeben sich Änderungen in der Quantifizierung der Risiken im Kreditrisikostandardansatz (KSA). Nach einer Übergangsphase, in der die neuen Regelungen sukzessive eingeführt werden, steigt der Eigenkapitalbedarf der Sparkasse an.

Insgesamt gehen wir insbesondere aufgrund der guten Reputation der Sparkasse und der sich hieraus ergebenden Chancen, das Kundengeschäft auszubauen, von einer mittelfristig positiven Entwicklung der Ertragslage aus.

G. Gesamtaussage

Die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage sind insgesamt geordnet. Die Risikotragfähigkeit war im Jahr 2024 gegeben. Das Kernkapital und die Eigenmittel werden sich 2025 nach Feststellung des Jahresabschlusses für 2024 weiter erhöhen.

Unter Berücksichtigung der herausfordernden Rahmenbedingungen gehen wir für das Geschäftsjahr 2025 von einem operativen Ergebnis nach Steuern von 23,2 Mio € aus. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere der Zinsstruktur, stellt auch 2025 einen maßgeblichen Unsicherheitsfaktor mit entsprechenden Auswirkungen dar.

Kernziel der Taunus-Sparkasse ist die Unterstützung ihrer Kunden in der angespannten wirtschaftlichen Situation und Immobilienkrise bei einer konsequenten Begrenzung der Risiken entlang der Risikotragfähigkeit. Damit sollen die satzungsmäßige Aufgabe und die besondere Rolle als Sparkasse der Region dauerhaft sichergestellt werden.

Bad Homburg v. d. Höhe, 14. Mai 2025

Taunus-Sparkasse
- Der Vorstand -

Oliver Klink

Markus Franz

Cristina Mussenbrock